

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Zwei Staaten, ein Staat oder ...?

Israel vs. Palästina

Ende der Zweistaatenlösung?
Rolle ausländischer Helfer
Kontroverse Debatten in Israel
Welche Alternativen?

WeltBlick

Münchener Sicherheitskonferenz
Polens „Drei-Meere-Initiative“

Analyse

Obamas Erbe – Eine Bilanz

Kommentar:

Pressefreiheit in Gefahr

ISSN 0944-8101 | 4,80 €
ISBN 978-3-945878-57-6



4 191574 104808 04

4

WeltBlick

- 4 Zur Münchner Sicherheitskonferenz
Lutz Kleinwächter
- 9 Warschauer Vision von den drei Meeren
Holger Politt



14

Briefe aus ...

Astana und Potsdam

18

Thema: Zwei Staaten, ein Staat oder ... ?

- 20 Realistische Lösungen gesucht
Tsafrir Cohen
- 28 Israels Öffentlichkeit und die Zweistaatenlösung
Aharon Klieman
- 33 „Siedlungen sind nicht das Problem!“
S. E. Yakov Hadas-Handelsman im Interview
- 38 „Es fehlt eine politische Kraft für die Zweistaatenlösung“
I. E. Khouloud Daibes
- 42 Das zionistische Israel und die Palästinafrage
Tamar Amar-Dahl
- 47 NGOs – Hilflöse Helfer oder verantwortungslose Komplizen?
Katja Hermann





Analyse: Obamas Erbe

52

Roland Benedikter

Impressum

57

VIP – Swetlana Gannuschkina, russische Aktivistin

58

Angela Unkrüer



Historie: DDR – „Heimliches Mitglied“ der EG?

62

Detlef Nakath

Bücherschau

66



Kommentar: Gefahr für die Pressefreiheit

70

Daniel Moßbrucker

Wort und Strich

72

Eine neue Gefahr für die Pressefreiheit

Daniel Moßbrucker

Zugegeben, sein sperriger Name ermutigt nicht gerade, sich mit einem der kritikwürdigsten Vorhaben der Bundesregierung auseinanderzusetzen: Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich. Echtes Behördendeutsch, das Langeweile und Harmlosigkeit suggeriert. Tatsächlich aber hat das Innenministerium mit der sogenannten ZITiS eine neue Spionagebehörde geschaffen – unter anderem mit dem Ziel, verschlüsselte Kommunikation zu brechen. Das Projekt ist Musterbeispiel dafür, wie deutsche Sicherheitspolitik derzeit funktioniert: Die Regierung räumt sich neue Überwachungsbefugnisse ein, peitscht Projekte in Rekordzeit durch die Gremien, ohne sich dem öffentlichen Diskurs zu stellen. Sie beschneidet Freiheitsrechte im Zeichen des Anti-Terror-Kampfes. Solche Politik nimmt billigend in Kauf, dass Journalisten kaum noch Möglichkeiten bleiben, vertraulich mit Kollegen und Informanten zu kommunizieren. Der Staat in der Telefonleitung – die Horrorvorstellung jedes Journalisten, aber leider zunehmend möglich.

Anfang 2017 hat die neue Behörde ihre Arbeit aufgenommen und soll binnen weniger Jahre bis zu 400 Mitarbeiter bekommen. Zum Vergleich: Die Bundesdatenschutzbeauftragte verfügt für dieses Jahr über 140 Stellen. Im Kern soll ZITiS all das erforschen, wovon Ermittler und Geheimdienste seit Jahren träumen, wie zum Beispiel automatisierte Gesichtserkennung zur Videoüberwachung und Späh-Trojaner. Diese kleinen Programmenisten sich auf Computern oder Handys von Personen ein und überwachen alles, was dort passiert. Das Opfer bleibt ahnungslos und kommuniziert unbefangen weiter. ZITiS soll solche Software selbst entwickeln oder von Firmen zukaufen. Damit finanziert Deutschland eine internationale Überwachungsindustrie, die meist am Rande der Legalität ihre Technologie auch an autokratische Regime verkauft, die damit wiederum Journalisten und Menschenrechtsaktivisten überwachen und verfolgen. Ein schwerer Verstoß gegen die Pressefreiheit.

Auch soll ZITiS an Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt und Polizeibehörden liefern. Innenminister Thomas de Maizière rechtfertigt dies mit der Bedrohung durch internationalen Terrorismus. Sein Mantra: „Ermittler

können technisch nicht das, was sie rechtlich dürfen.“ In der Tat missbrauchen Terroristen verschlüsselte Messenger und schotten sich ab. Selbst wenn die Polizei das Recht hat, Nachrichten mitzulesen, ist sie technisch dazu nicht in der Lage. Dies ist zweifelsfrei unbefriedigend und prinzipiell wäre es richtig, über Lösungen zu diskutieren. Der Haken: Die notwendige Diskussion bleibt aus. Kritik wird ausgeblendet und ein Vorhaben wie ZITiS rasch durchgesetzt. Für die Behörde ist nicht einmal ein eigenes Gesetz geschrieben worden, das die Befugnisse und Grenzen ihrer Arbeit fixiert. Auch das neue Gesetz über den Bundesnachrichtendienst, das die Überwachung ausländischer Journalisten ohne Beschränkung erlaubt, wurde im Eiltempo beschlossen trotz massiver Kritik von Opposition und Zivilgesellschaft. Möglich ist ein solches Vorgehen, weil Überwachungsthemen technisch komplex sind und das Pro und Kontra gerne an juristischen Feinheiten hängt. Nicht zuletzt können Innenpolitiker das Terrorismus-Argument nach Belieben für jedwede Idee vortragen, da in der Gesellschaft ein Gefühl der Unsicherheit herrscht und der Staat „Stärke“ zeigen soll.

Forderungen nach zusätzlicher Überwachung blenden zu oft aus, dass solche Einschränkungen der Freiheit unsere Demokratie beschädigen. Journalisten sind spätestens seit den NSA-Enthüllungen von Edward Snowden für das Thema sensibilisiert. Verschlüsselung von Kommunikation ist essenziell, um eigene Recherchen zu sichern und Informanten zu schützen. Wenn nun Instrumente entwickelt werden, diese Verschlüsselung zu umgehen, wird journalistische Arbeit behindert, Quellen werden abgeschreckt, die Mächtigen werden weniger kritisiert. Kurzum: Die Pressefreiheit ist eingeschränkt und Terroristen kommen so langfristig an ihr Ziel. Die Gesellschaft muss darum streiten, wie viel Freiheit sie für Sicherheit opfern will. Derzeit geschieht das nicht. In Deutschland entsteht ein gewaltiger Überwachungsapparat, dessen Nutzen nicht einmal ansatzweise empirisch belegt werden muss. Pressefreiheit aber bedroht er im Kern. Wollen wir das wirklich? 🌐

Daniel Moßbrucker

geb. 1990, Journalist und Politikwissenschaftler, arbeitet zu den Themen Datenschutz, Überwachung und Netzpolitik, Referent für Informationsfreiheit im Internet bei Reporter ohne Grenzen

dm@reporter-ohne-grenzen.de

